

Ressort: Politik

FDP will Kostenerstattung für künstliche Befruchtung ausweiten

Berlin, 01.02.2018, 00:00 Uhr

GDN - Die Liberalen wollen künftig nicht nur heterosexuellen Paaren einen staatlichen Zuschuss zu einer Kinderwunschbehandlung bezahlen, sondern auch homosexuellen Paaren und Singles - und zwar unabhängig von dem Bundesland, in dem sie wohnen. Das sieht ein Antrag der FDP-Fraktion vor, der an diesem Donnerstag im Bundestag debattiert werden soll, berichtet die "Welt" (Donnerstagsausgabe).

Die Liberalen wollen damit eine Ausweitung der 2012 aufgelegten Richtlinie zur staatlichen Förderung von Kinderwunschbehandlungen erreichen. In den Bundesländern, die die Förderrichtlinie umgesetzt haben, übernehmen Bund und Länder bisher paritätisch bis zu einem Viertel der Behandlungskosten. Seit 2016 gilt dies auch für unverheiratete Paare. Da aber längst nicht alle Länder entsprechende Programme aufgelegt haben, gehen viele Familien leer aus - ohne Förderrichtlinie des Landes entfällt auch der Zuschuss des Bundes. Das soll sich nach den Vorstellungen der Liberalen ändern. "Wir wollen, dass der Bund Kinderwunschbehandlungen unabhängig von Wohnort und Familienstand fördert", sagte die stellvertretende FDP-Fraktionschefin Katja Suding der "Welt". Dazu sollen unabhängig von einer Kofinanzierung durch die Länder 25 Prozent der Gesamtkosten für die ersten vier Versuche von Fruchtbarkeitsbehandlungen vom Bund übernommen werden. Zudem wollen die Liberalen die Richtlinie auch in einem anderen wesentlichen Punkt ausweiten. Bisher werden generell nur Paare gefördert, die eine künstliche Befruchtung mit dem eigenen Samen des Mannes vornehmen. Künftig sollten aber auch Kinderwunschbehandlungen mit Spendersamen gefördert werden. Dies komme insbesondere lesbischen Paaren und alleinstehenden Frauen zugute, sagte Suding. Auch Maßnahmen der Kryokonservierung wollen die Liberalen fördern. Zudem will die FDP prüfen lassen, ob die derzeitigen Altersbeschränkung auf Frauen zwischen 25 und 40 Jahren noch "der Lebenswirklichkeit in Deutschland entspricht". Ihren Vorstoß begründen die Liberalen mit der gestiegenen Nachfrage nach reproduktionsmedizinischer Hilfe. Schätzungen zufolge seien in Deutschland sechs Millionen Frauen und Männer ungewollt kinderlos - auch weil sich die Familiengründung immer weiter nach hinten verschiebe. "Ohne medizinische Unterstützung ist für sie die Realisierung des Kinderwunsches kaum oder gar nicht möglich", heißt es in dem Antrag. Für viele seien die hohen Kosten der Behandlung eine unüberwindliche Hürde - zumal Alleinstehende und unverheiratete Paare keinerlei Geld von der Krankenkasse bekommen. Die Änderung der Richtlinie stelle deshalb einen "pragmatischen und schnell umzusetzenden Weg" dar, mehr Kinderwunschbehandlungen zu ermöglichen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-101453/fdp-will-kostenerstattung-fuer-kuenstliche-befruchtung-ausweiten.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com